

Bulgarien

Johanna Deimel

Im Juli 2010 legte die Europäische Kommission ihren Bericht über Bulgariens Fortschritte im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens vor. Der Überwachungsmechanismus wurde nach dem EU-Beitritt des Landes 2007 eingerichtet, um dem Land bei der Justizreform, bei der Korruptionsbekämpfung und im Kampf gegen die organisierte Kriminalität überwachend zu assistieren. Schutzklauseln seitens der EU-Kommission sahen vor, ggf. Gerichtsbeschlüsse nicht zu akzeptieren und auch EU-Gelder zu blockieren. Drei Jahre nach dem Beitritt Bulgariens ist die Kommission nicht mehr in der Lage, diese Klausel zu nutzen, sie kann allenfalls Empfehlungen aussprechen – die jedoch in dem Bericht an harscher Kritik nicht sparten. Zwar erachtete die Kommission die Justizreformstrategie der Regierung Bojko Borisov (GERB) als einen Ausdruck „starken politischen Willens“, der nachfolgende Katalog an Versäumnissen und Defiziten vor allem bei der Korruptionsprävention, dem Schutz vor Interessenskonflikten und der Leistungsfähigkeit der Justiz gibt weiterhin zur Besorgnis Anlass.¹ Beispiele für die bulgarischen Mängel sind die nach wie vor unaufgeklärten Auftragsmorde (seit 1992 etwa 191), wie zuletzt im Januar 2010 das Attentat auf den Radio- und TV-Moderator Bobi Cankov. Die Gerüchte über eine Verbindung zwischen Geheimdiensten und Gangstern fanden neue Nahrung, als zwei führende Figuren der bulgarischen Unterwelt – der ehemalige Geheimagent Aleksej Petrov und Krasimir Marinov als mutmaßliche Auftraggeber diverser Mordanschläge der Vergangenheit verhaftet wurden. Beide wurden aus „Mangel an Beweisen“ wieder aus der Haft entlassen und allerdings unter Hausarrest gestellt. Innenminister Cvetko Cvetanov (GERB) hatte bei der Verhaftung Petrovs zwar schwer bewaffnete Anti-Terrorereinheiten eingesetzt, ist aber dann an der ineffizienten Arbeit der Justiz, vermutlich auch an Seilschaften vorerst gescheitert.

Es ist sicherlich der europäischen und der bulgarischen Öffentlichkeit selbst zu verdanken, dass sich Bulgariens Führung endlich bewegt und große Fische aus dem Verkehr zieht. Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung OLAF berichtet von 41 Fällen, die dem Amt 2009 zur Untersuchung vorgelegt wurden, die meisten davon im Bereich landwirtschaftlicher Hilfsprogramme.² So wurde etwa ein Verfahren gegen den früheren bulgarischen Vize-Landwirtschaftsminister Dimitar Pejtshev eingeleitet, dessen Tochter 700.000 Euro aus Fördermitteln erhalten haben soll.³ Allerdings reicht es nicht aus, sich medienwirksam in Szene zu setzen – es muss Gerichtsverfahren geben, die den rechtsstaatlichen Grundsätzen verpflichtet sind. Der Druck, konkrete Taten im Kampf gegen die organisierte Kriminalität vorzuweisen, ist groß, denn Bulgarien will Mitglied des Schengenraums werden. In Zusammenarbeit mit der Venedig Kommission hat die Regierung im Oktober 2010 ein Gesetz „über den Verlust von durch illegale Tätigkeit erworbenem Ver-

1 Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über Bulgariens Fortschritte im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens, KOM(2010) 400 endg.

2 European Commission, European Anti-Fraud Office: Annual Report 2010.

3 Klaus Brill, Süddeutsche Zeitung, 12.5.2010, S. 7.

mögen“ vorgelegt, das europaweit einzigartig ist. Eine Kommission soll eingerichtet werden, der gegenüber – falls von der Kommission aufgefordert – binnen zwei Wochen Vermögenswerte und Einkünfte ab einer Höhe von ca. 30.000 Euro erklärt werden müssen.⁴

Jüngste Umfragen von Eurobarometer⁵ zeigen, dass die bulgarische Bevölkerung, vielleicht auch in Folge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise, ein großes Vertrauen in die EU setzt. Mit 61% der Befragten, die sich positiv über die EU äußerten, liegt Bulgarien unter den EU-Mitgliedsländern an dritter Stelle hinter Estland und der Slowakei. Zugleich zeigen die Umfrageergebnisse, dass die EU für die Menschen in Bulgarien nicht nur Reisefreiheit (59%) sondern als zweitwichtigste Errungenschaft mit 33% der Angaben auch Demokratie bedeutet. Die insgesamt gute Einschätzung der EU-Mitgliedschaft Bulgariens widerspiegelt sich außerdem in den Erhebungen von Alpha Research, wonach im Februar 2010 48% der Befragten diese als positiv erachteten.⁶

Wirtschaft

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat Bulgarien als exportorientiertes Land getroffen. Der Einbruch zeigt sich in den gravierenden Umsatzeinbußen der in Bulgarien aktiven Konzerne, die 2009 einen durchschnittlichen Umsatzrückgang von 22% gegenüber dem Vorjahr aufweisen⁷. Da Bulgarien noch immer unter der Aufsicht des Währungsrates steht, sind die Möglichkeiten der Regierung, auf die Krise zu reagieren, begrenzt. Die Fiskalpolitik bleibt für Borisov als einziges verfügbares Instrument, um den Auswirkungen der Finanzkrise zu begegnen, denn die Binnennachfrage reicht nicht aus, um die Folgen der Krise zu kompensieren. Besorgniserregend sind die zunehmende Armut und die steigende Arbeitslosigkeit (lt. Schätzung wird sie 2010 bei 12,8% liegen⁸). Unter diesen Umständen und mit Blick auf den rückläufigen Konsum insgesamt kommen Steuererhöhungen nicht in Betracht, um die Löcher im Haushalt zu stopfen. Durch drastische Kürzungen der öffentlichen Ausgaben soll auf die Auswirkungen der Krise reagiert werden – zu Lasten des Bildungs- und Gesundheitswesens und des Pensionssystems. Das Ziel, 2014 der Eurozone beizutreten, ist vorerst ad acta gelegt. Optimistische Prognosen des bulgarischen Finanzministers Simeon Djankov, 2011 ein Wirtschaftswachstum von 3,6% zu erreichen, wurden vom Internationalen Währungsfonds gedämpft und auf maximal 2-2,5% prognostiziert. Die im europäischen Vergleich niedrigen Körperschaftssteuern und niedrigen Löhne können Bulgarien als attraktiven Investitionsstandort stärken. Deutlich verbessert haben sich in Bulgarien die Konditionen für diejenigen, die ein Unternehmen gründen wollen. IBRD und Weltbank notieren, dass 2010 nur mehr 18 Tage für die Registrierung notwendig seien (2009: 49).

In Folge der Turbulenzen der Finanzkrise in Europa sieht sich, wie Griechenland, auch Bulgarien mit dem Vorwurf geschöner Statistiken konfrontiert. EU-Kommissar Oli Rehn erklärte, dass die Kommission „Bedenken“ gegenüber den statistischen ökonomischen Angaben des Balkanstaats habe, der – ebenfalls wie sein Nachbarland – seine Berechnungen des Budgetdefizits für 2009 von ursprünglichen 1,9% des BSP auf 3,7% korrigieren musste.

4 Michael Martens, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.10.2010, S. 6.

5 Eurobarometer 73. Public Opinion in the European Union. First Results Publication, August 2010.

6 http://www.alpha-research.org/en/european_union.html.

7 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.10.10.

8 UniCredit, CEE Quarterly, Juni 2010.

Innenpolitik

Die GERB-Minderheitsregierung von Ministerpräsident Borisov wird von den konservativen Kräften der Blauen Koalition, der Partei des selbsternannten Korruptionsbekämpfers Jane Janev „Ordnung, Sicherheit und Gerechtigkeit (RSS)“ sowie der nationalistischen Ataka⁹ toleriert. Umfragen belegen das schlechte Image der politischen Institutionen Bulgariens in der Bevölkerung. Dem im Juli 2009 neu gewählten Parlament wird nach mehr als einem Jahr seines Wirkens von einem Drittel der Befragten (34%) ein negatives Zeugnis ausgestellt, fast gleichauf mit der Regierung (33%). Während interessanterweise die Umfragewerte für den Ministerpräsidenten Bojko Borisov kontinuierlich von 60% Zustimmung im Juli 2009 auf 40% im Juni des Folgejahres gesunken sind, gewinnt das Innenministerium unter dem Innenminister und engen Vertrauten des Premiers, Cvetan Cvetanov, kontinuierlich an Ansehen (von ca. 17% im Juni 2009 auf 38% im Juni 2010).¹⁰ Daniel Smilov führt das mangelnde Vertrauen in die politischen Institutionen, das sich schon kurz nach den Wahlen 2009 zeigte, u.a. darauf zurück, dass den Parteien, wie GERB, jede ideologisch-programmatische Ausrichtung fehlt. So sei GERB nicht in der Lage gewesen, auf die Folgen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise durch ein eigenes alternatives Wirtschaftsprogramm zu reagieren. Die Partei könne vielmehr nur auf „unorthodoxe mobilisierende Ressourcen zurückgreifen: persönliches Charisma, persönliche Integrität und Antikorruption“.¹¹

Seit 1989 hat die Bulgarische Nationalversammlung insgesamt 27mal über einen Misstrauensantrag abgestimmt – zuletzt am 8. Oktober 2010, als sich die Mitte-Rechts-Regierung von Bojko Borisov erstmals dem Antrag stellen musste, da ihr seitens der Opposition fundamentales Versagen bei der Reform des Gesundheitswesens vorgeworfen wurde. Das Gesundheitswesen Bulgariens ist in einem besorgniserregenden Zustand, der Nationale Gesundheitsversicherungsfonds schuldet bulgarischen Krankenhäusern mittlerweile ca. 63 Mio. Euro. Binnen eines Jahres versucht sich nun der dritte Gesundheitsminister, Stefan Konstantinov – ein deutliches Indiz für die dünne Personaldecke der regierenden Partei.¹² Der Misstrauensantrag wurde mit 144 Gegenstimmen des insgesamt 240 Sitze umfassenden Parlaments abgeschmettert. Der Premier selbst glänzte während der Debatte und der Abstimmung durch Abwesenheit – ein Novum in der jüngsten Geschichte Bulgariens, das den geringen Respekt gegenüber dem Parlament selbst durch die politische Führung des Landes illustriert.

Im Fokus der europäischen Öffentlichkeit war Bulgarien im Zuge der Abschiebung von Roma aus Frankreich. Laut Zensus von 2001 leben 370.000 Roma in Bulgarien (wobei Schätzungen bis zu 800.000 gehen) – viele davon in erbärmlichen Verhältnissen.¹³ Die Roma-Integration tritt auf der Stelle, trotz vieler Bemühungen, die auch im Rahmen des Integrationsprogramms 2005-2015 bisher erfolgten. Da Roma über keine „Mutternation“ verfügen, die sich im Zweifel für ihre Interessen und Belange einsetzen könnte, zeigt die

9 Siehe: Nikolai Genov: Radical nationalism in contemporary Bulgaria, Friedrich Ebert Foundation Office Bulgaria Analysis, März 2010.

10 <http://www.alpharesearch.org/bg>.

11 Daniel Smilov: „Predstavitelna demokracija na Balgarija: uspechi i predizvikelstva“, Foreign Policy, 03.09.2010, <http://www.foreignpolicy.bg/print.php?storyid=955820/>

12 Vgl hierzu auch: Georgi Karasimeonov/Milen Lyubenov (Hrsg.): Barometer. Political Parties Development in Bulgaria, Friedrich Ebert Foundation Office Bulgaria, Analysis, Vol. 10, Issue 3, Juli – September 2010.

13 Barbara Oertel: Ein echtes Hundeleben, Die Tageszeitung, 20.10.2010, S. 5.

Erfahrung mit der französischen Rückführung, dass das Roma-Problem kein nationales sondern ein gesamteuropäisches darstellt und die gesamte EU vor große Herausforderungen stellt.

Schwieriger Umgang mit dem türkischen Nachbarn

Von besonderem Interesse waren die Besuche von Bundeskanzlerin Angela Merkel und des türkischen Premierministers Recep Erdogan in Sofia im Oktober 2010. Während sich die bulgarische Politik von der deutschen Kanzlerin vorwiegend Unterstützung bei der Bewerbung um die Mitgliedschaft im Schengen-Raum erhoffte, spaltet der Besuch des türkischen Ministerpräsidenten die bulgarische Öffentlichkeit. Bulgariens türkische Minderheit ist seit der Wende durch die faktische Türkenpartei DPS im Parlament und an fast allen Regierungen beteiligt. Borisov betonte gegenüber Erdogan die Bedeutung der Türkei für Bulgarien, die Region insgesamt und versprach die Unterstützung seines Landes für die türkischen EU-Beitrittsaspirationen. Anders seine Kabinettsmitglieder und Partner. Der für die Auslandsbulgaren zuständige Minister Bozidar Dimitrov etwa heizte 2009 die anti-türkische Stimmung an, indem er behauptete, Bulgarien könne einen EU-Beitritt der Türkei durch ein Veto blockieren, falls bulgarische Aussiedler, die während des Ersten Weltkriegs in den Norden der Türkei emigrierten, nicht entschädigt würden. Boiko Borisov sah sich danach genötigt, seinen Minister öffentlich zu rügen und jedweden Veto-Absichten die Absage zu erteilen. Volen Siderov, der Vorsitzende von „Ataka“, der Partei, auf die GERB als Regierung angewiesen ist, brüskierte durch anti-türkische Tiraden während der Missbrauchensabstimmung im Oktober 2010 im Parlament und fordert ein sofortiges Referendum für den Fall des EU-Beitritts der Türkei. Die rechtskonservative außerparlamentarische Partei VMRO gab an, 330.000 Unterschriften gesammelt zu haben, deren Unterzeichner ebenfalls ein Referendum verlangten. Laut Bulgarischer Verfassung muss ein Referendum abgehalten werden, sobald hierfür 500.000 Unterschriften vorliegen. Das Parlament muss sich mit einem Anliegen, für das ein Referendum erfolgen soll, befassen, sobald hierzu mindestens 200.000 Unterschriften zustande kommen.

In den Gesprächen mit Erdogan spielte auch die für Bulgarien als Energietransitland wichtige Nabucco-Gaspipeline eine Rolle. Auch das Konkurrenzprojekt South Stream hat eine neue Dynamik erfahren. Bulgarien und Russland wollen letzteres beschleunigen. Gazprom und Boiko Borisov erklärten nach ihrem Treffen am 15. Oktober 2010, ein bulgarisch-russisches Joint Venture für den Gaspipelinebau zu gründen. Nachdem die bulgarische Regierung aus der Burgas-Alexandropoulis-Pipeline aussteigen möchte und auch Belene zur Disposition steht, wären Investitionen etwa in Energieeffizienz und alternative Energienutzung ein interessanter Sektor für die Zukunft.